



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

v/XII/167 - 25. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24931-33  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Herausfordernde Ignoranz	S. 1
Zum Skandal beim Beschaffungssamt Koblenz	S. 4
Wohlstand ohne Wissenschaft?	S. 5
Die französischen Nordafrikasiedler und die deutschen Vertriebenen	S. 8

---

## Herrn Adenauer zur Kenntnisnahme

"Und wenn hier gesagt wird, dass wir verschuldet hätten, verhindert hätten die Wiedervereinigung Deutschlands, dann fordere ich die Sozialdemokratie auf, doch an irgend einer Stelle mir zu zeigen, wo sie ein wirkliches Programm für die Wiedervereinigung aufgestellt hat." - Bundeskanzler Dr. Adenauer in seiner Bonner Pressekonferenz am 12. Juli 57.

sp. Dieser Ausspruch Dr. Adenauers, entnommen dem stenographischen Protokoll von seiner Pressekonferenz am 12. Juli 1957, ist die Bestätigung für die Ignoranz eines Mannes, der offenbar nur sich, seine Partei und seine Politik kennt. Wenn ein Versammlungsredner der fünften CDU-Garnitur in X-Dorf die Forderung erhebt, die deutsche Sozialdemokratie solle an irgend einer Stelle zeigen, wo sie ein wirkliches Programm für die Wiedervereinigung aufgestellt hat, dann ergibt das höchstens eine Notiz im Generalanzeiger der nächsten Kreisstadt. Wenn aber ein deutscher Bundeskanzler seine Unkenntnis in den Fragen der deutschen Politik geradezu pflegt, dann wird die Sache peinlich - nicht nur für ihn, sondern für das ganze deutsche Volk.

Seit Bestehen der Adenauerregierung hat die deutsche Sozialdemokratie in zahlreichen Memoranden, Anträgen und Vorstößen im Bundestag ihre Vorschläge zu einer aktiven Wiedervereinigungspolitik der deutschen und internationalen Öffentlichkeit unterbreitet. Es ist nicht die Schuld der Sozialdemokratie, wenn diese Vorschläge von einer Adenauer hörigen Bundestagsmehrheit abgelehnt wurden. Es mag auch

25. Juli 1957

einem Bundeskanzler vorbehalten bleiben, diese Vorschläge ebenfalls abzulehnen. Aber sie einfach zu ignorieren und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als seien sie überhaupt nicht vorhanden, stellt für einen Regierungschef eine grobe Pflichtverletzung dar.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat, um nur die wichtigsten Etappen in ihrem Kampf um die Änderung der fruchtlosen Politik Adenauers aufzuzählen, bereits vor der Berliner Außenministerkonferenz im Januar 1954 der Bundesregierung konkrete Vorschläge unterbreitet: a) zur Frage des innerdeutschen Verkehrs, b) zum Problem der Koppelung der Bemühungen um die europäische Sicherheit und die deutsche Wiedervereinigung auf der Basis von Viermächte-Vorhandlungen.

Die Bundesregierung hat diese Vorschläge als "utopisch" bezeichnet und abgelehnt.

Vor dem Genfer Treffen Eisenhower-Bulganin-Eden-Faure (Gipfalkonferenz) im August 1955 hat die Sozialdemokratie unter Bezugnahme auf einige Vorschläge des Edeu-Plans die Bundesregierung ersucht, sich auf dieser Verhandlungsbasis einzuschalten. Die Bundesregierung hat diese Forderung der deutschen Sozialdemokratie abgelehnt und durch ihre Interventionen dazu beigetragen, dass der Edeu-Plan unter dem Verhandlungstisch fiel. Schon damals ging es bekanntlich um eine Entspannung- oder Inspektionszone, die heute wieder Gegenstand der Abüstungsverhandlungen in London ist.

Zu der im Spätherbst des gleichen Jahres in Genf stattfindenden Außenministerkonferenz übermittelte die Sozialdemokratie der Bundesregierung ein ausführliches Memorandum, das die Vorschläge der SPD für eine aktive Wiedervereinigungspolitik auf der Grundlage von Viermächte-Vorhandlungen enthält. Noch während der Genfer Konferenz erklärte die Bundesregierung, dass sie keine Veranlassung sehe, die sozialdemokratischen Vorschläge in den Bereich der unter den vier Mächten angestellten Überlegungen zur Lösung des Deutschlandproblems einzubeziehen.

25. Juli 1957

Kernpunkt dieses Memorandums der Sozialdemokratie war die Forderung zur Ablösung der militärischen Blockpolitik durch ein allgemeines Sicherheitssystem in Europa, an dem das in Frieden und Freiheit wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten teilnehmen sollte. Dazu wäre es notwendig gewesen, in Verbindung mit den Westmächten, die Russen vor die konkrete Frage zu stellen, welchen militärischen Status sie einem wiedervereinigten Deutschland zubilligen würden, der für alle Beteiligten anerkennbar ist.

Die Bundesregierung hat diesen sozialdemokratischen Vorschlag nicht nur ignoriert, sondern ihn auch auf der Ebene der nationalen und internationalen Politik bekämpft. Dieses Manöver war um so betrüblicher, als die Bundesregierung fast zur gleichen Zeit durch ihren Aussenminister in einem Memorandum an die Regierung der Sowjetunion erklären liess, dass sie bereit sei, ein europäisches Sicherheitssystem zu befürworten und jede Diskussion darüber begrüssen würde.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, hat in Deutschland selbst, aber auch während seines Besuches in Asien und in den Vereinigten Staaten, die hier erwähnten sozialdemokratischen Vorschläge im einzelnen erläutert und noch vor kurzem in einem unter dem Namen "Ollenhauer-Plan" bekanntgewordenen Dokument die sozialdemokratischen Auffassungen zu diesen Fragen dargelegt.

Das sind die Tatsachen, die zu ignorieren selbst ein Bundeskanzler nicht das Recht hat. Ein Bundeskanzler hat auch nicht das Recht, den Tatbestand zu verschleiern, das gerade die sozialdemokratischen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden in zunehmender Masse Gegenstand der internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem geworden sind. Der Begriff des kollektiven Sicherheitssystems in Europa, über den man auf deutscher Regierungsseite lechte, als er zum ersten Mal von der Sozialdemokratie geprägt wurde, wird heute in der internationalen Welt als ein Mittel zur Überwindung jener unseligen militärischen Blockpolitik in Europa und damit zur Überwindung der Spaltung Deutschlands betrachtet. Die von der Sozialdemokratie schon vor der Bundestagswahl 1953 aufgestellte Forderung, die Politik der sogenannten Stärke durch eine Politik der Entspannung abzulösen, bildet heute das Leitmotiv der Londoner Abrüstungsverhandlungen. Der Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegen eine Verschärfung der Spannungen in Europa durch eine mögliche atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik wird heute sogar von einem grossen Teil der öffentlichen Weltmeinung unterstützt.

\* \* \*

"Persönlichkeiten mit hoher Staatsstellung"

sp- In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen über Bestechungsaffären beim Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz. Wie es heisst, sind mehrere hundert Firmen, die Geschenke an Angehörige des Beschaffungsamtes geschickt haben sollen, von Kriminalbeamten aufgesucht worden. Die Staatsanwaltschaft Koblenz verfügte neuerdings die Verhaftung von zwei Bediensteten des Beschaffungsamtes, die unter dem Verdacht der passiven Bestechung stehen. Der eine der Verhafteten ist Offizier. Bei den Voruntersuchungen soll sich ergeben haben, dass auch Persönlichkeiten mit hohen Staatsstellungen versuchen, bestimmte Firmen "ins Geschäft" zu bringen. Auch Parlamentarier sollen daran beteiligt gewesen sein. Es wird behauptet, dass die an diesen Geschäften interessierten Persönlichkeiten erst dann von ihren Bekühungen abgesehen haben, als man sie bat, ihre Wünsche schriftlich niederzulegen. Unter den beschuldigten Beamten des Beschaffungsamtes, deren Fälle allerdings noch nicht ganz geklärt sind, befinden sich drei Anwärter und ein Artmann.

Als vor einiger Zeit in der deutschen Presse berichtet wurde, mehrere Bundestagsabgeordnete der CDU hätten versucht, Rüstungsaufträge für die Bundeswehr an bestimmte Firmen zu vermitteln, erfolgten teilweise errögte Dementis.

Die Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft sind noch nicht abgeschlossen. Aber selbst wenn die strafrechtliche Verfolgung in den einen oder anderen Falle zu keinem Ergebnis führen sollte, hat die deutsche Öffentlichkeit ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, wer die Persönlichkeiten mit hohen Staatsstellungen sind, die sich um Aufträge für Firmen bemüht haben und in welcher Form das geschehen ist. Im Hintergrund der Affäre Beschaffungsamt Koblenz steht nämlich der schon seit langer geäusserte Verdacht, dass es in der Bundesrepublik Persönlichkeiten gibt, die bestimmte politische Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Bundeswehr und deren Ausrüstung befürworten, um später auf der Grundlage dieser Entscheidungen persönlich ins Geschäft zu kommen. Der "normale Lobbyismus" besteht in dem Versuch eines Firmen- oder Interessentenvertreters, durch Beziehungen zu Abgeordneten Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Auch das ist verwerflich, obwohl es beinahe zum Stil der Bonner Regierungspolitik gehört. Der Lobbyismus von Persönlichkeiten mit hohen Staatsstellungen jedoch kann nur als Korruption bezeichnet werden.

In Diktaturen sind derartige Korruptionsmethoden üblich. Die Machthaber des Dritten Reiches haben sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - unter Ausnützung ihrer politischen Stellung bereichert. Wenn Korruptionsskandale ruckbar wurden, konnten sie durch das Machtwort des Diktators leicht unterdrückt werden. Der demokratische Staat dagegen hat alle Mittel der unabhängigen Gerichtsbarkheit zur Verfügung, um Korruptionsaffären aufzuklären. Er kann auch die Presse nicht zwingen, zu derartigen Vorgängen zu schweigen. Wenn es also in Zusammenhang mit den bereits bisher erfolgten Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft nicht gelungen sollte, eine r stlose Klärung der Vorgänge beim Beschaffungsamt herbeizuführen, müsste man befürchten, dass diese Aufklärung nicht gewünscht wird.

## Letzte Chance für Hochschule und Student

Eine der dunkelsten Seiten der deutschen Nachkriegsentwicklung ist die Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung. Die Bundesregierung hat die grossen Umwälzungen unserer Zeit nicht zur Kenntnis genommen und ist unfähig, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Wie vieles hier im Argen liegt, zeigt eine vom Sozialistischen Studentebund in diesen Tagen veröffentlichte Broschüre. Die darin enthaltenen Angaben und Untersuchungen über die Lage an den Universitäten und die Situation der Studenten sind alarmierend; rasch und gründlich muss eine Besserung eintreten, wenn wir unsere Zukunft sichern wollen. Die folgenden Tatsachen sind dem ersten Teil dieser Broschüre entnommen.

Der 4. Deutsche Studententag hat die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Die Studentenschaft, ihre Professoren, die Fachleute und der grösste Teil der deutschen Presse sind sich heute einig, dass schnell und großzügig gehandelt werden muss, wenn die Bundesrepublik nicht hinter der internationalen Entwicklung zurückbleiben und zu einem wissenschaftlich "unterentwickelten Gebiet" werden soll. Bundesminister Schröder jedoch kommt zu dem Ergebnis, dass die Sorge um ein kulturpolitisches Zurückbleiben der Bundesrepublik aus der Luft gegriffen sei.

Wer hat hier recht? Hier können nicht Befürchtungen oder Hoffnungen sondern letztlich nur die Realitäten entscheiden.

### Eindrucksvolle Tatsachen

Seit dem Jahre 1949, als die Währungsreform die produktiven Kräfte der bundesdeutschen Wirtschaft freisetzte, sind wir Zeugen einer rapiden Expansion der deutschen Wirtschaft, die noch heute anhält. Leider sind nicht alle Schichten des deutschen Volkes gleichmässig in den Genuss des wachsenden Wohlstandes gekommen: während das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik von 79 Milliarden DM im Jahre 1949 auf 179 Milliarden DM im Jahre 1956, also um weit mehr als das Doppelte gesteigert werden konnte, blieben Rentner, Arbeitslose, Flüchtlinge und nicht zuletzt die Studenten weitgehend unberücksichtigt. Dass die bestehende Wirtschaftsform nicht fähig oder gewillt ist, für die aus dem Produktionsprozess ausgeschiedenen Menschen angemessen zu sorgen, mag bestenfalls noch utopisch überraschen. Wirklich erstaunlich ist jedoch, dass sogar der akademische Nachwuchs bisher in geradezu exemplarischer Weise vergessen wurde. Schliesslich handelt es sich hier um eine Bevölkerungsgruppe, von deren Schicksal die Zukunft der bundesdeutschen Prosperität entscheidend abhängt. Schon die konventionellen Formen der Gesellschafts-führung und Technologie verlangen heute nach einer ständig wachsenden Zahl von akademisch ausgebildeten Fachleuten, Medizinern, Volkswirtschaftlern, Ingenieuren, Naturwissenschaftlern, Juristen, Pädagogen, Soziologen usw. Diese Entwicklung wird jedoch verstärkt durch zwei Elemente, deren Bedeutung wir noch gar nicht voll abschätzen können: den Übergang zur automatisierten Produktion und die kommerzielle Verwendung der Atomenergie. Beide Faktoren werden die deutsche Wirklichkeit in den kommenden Jahren grundlegend verändern, und von beiden kann schon heute gesagt werden, dass sie eine ständig wachsende Zahl von Wissenschaftlern Technikern und Verwaltungsfachleuten erfordern werden.

### Schattenseiten des Wirtschaftswunders

Hier jedoch stossen wir auf eine der grossen Schattenseiten des deutschen "Wirtschaftswunders": in einem Augenblick, da alles darauf ankommt, Ausstattung und personelle Besetzung der deutschen Universitäten

25. Juli 1957

und Hochschulen noch erheblich zu erweitern, um die "volle Ausschöpfung aller Talentreserven" vom Schlagwort zur Wirklichkeit werden zu lassen, finden wir den bestehenden Apparat in einem Zustand vor, der nicht einmal für die augenblickliche Zahl von Studenten ausreicht.

Der wissenschaftlich-technischen Notlage der Universitäten entspricht die soziale Notlage der heute Studierenden. Sie ist um so bedenklicher, als es das ökonomische Gebot der Stunde wäre, einer weit grösseren Zahl von Begabten die finanziellen Voraussetzungen für ein Studium zu bieten.

In den führenden Industrieländern der Welt ist bereits erkannt worden, dass die Produktionsschlachten der Zukunft nur gewonnen werden können, wenn sich Staat und Industrie mit voller Kraft für den Ausbau des Hochschulwesens und der Forschungseinrichtungen einsetzen. In der Sowjetunion werden jährlich rund 60 000 neue Universitätsingenieure und 70 000 neue Fachingenieure dem Arbeitsmarkt zugeführt. Die Zahl der im Studium stehenden künftigen Ingenieure beläuft sich auf 760 000.

#### Mangel an Ingenieuren

Die Bundesrepublik dagegen hat heute nur 61 000 Studenten des Ingenieurwesens und der Naturwissenschaften aufzuweisen. Gemessen an den sowjetischen Vergleichszahlen müssten es heute schon 152 000, im Jahre 1960 sogar 200 000 sein. Eine Erweiterung der Kapazitäten beider Schulgattungen ist jedenfalls dringend nötig. Der Zahl von 13 500 Absolventen jährlich steht ein realer Bedarf nach 18 500 Ingenieuren gegenüber. Verlassen in der Bundesrepublik jährlich auf jede Million der Bevölkerung rund 90 akademisch ausgebildete Ingenieure die Hochschulen, so sind es in der Sowjetunion rund 280, in den USA 136 Absolventen.

Auch der Ausbau der deutschen Forschungsstätten hält heute keinem Vergleich mit den führenden Industrienationen stand. Hier ist wiederum festzustellen, dass sich die übertriebene Sparsamkeit der verantwortlichen Stellen letztlich gegen das wohlverstandene Gemeinwohl richtet. In den Vereinigten Staaten hat man kürzlich errechnet, dass die Rentabilität aller vom Staat und der Industrie bereitgestellten Forschungsmittel 100 bis 200 Prozent je Jahr erreicht. So haben die USA in den sechs Jahren von 1949 bis 1955 mehr für die wissenschaftliche Forschung ausgegeben als in der Zeit von 1776 bis 1949 zusammengekommen.

Auch in England hat man erkannt, dass für Wissenschaft und Hochschulbildung mehr als bisher getan werden muss, wenn der Anschluss an das Weltniveau gehalten werden soll. Daher beschloss die englische Regierung Anfang 1956, einen Betrag von rund 100 Millionen Pfund Sterling, also 1 Milliarde 200 Millionen DM, für den Neubau und Ausbau der Technischen Hochschulen sowie für öffentliche Stipendien auszugeben.

Ähnliche Vergleiche lassen sich auf dem Gebiet der Atomforschung ziehen. Während die Bundesrepublik in diesen Jahr 40 Millionen DM für die Atomforschung ausgeben wird, belaufen sich die entsprechenden englischen Ausgaben auf diesem Gebiet bereits auf jährlich 360 Millionen DM. Nach Feststellung der Fachleute gibt es in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Atomphysik zur Zeit nur 40 wirklich ausgebildete Wissenschaftler. In den Vereinigten Staaten sind es mehr als 30 000.

#### Rüstung hat Vorrang

Nun mag eingewandt werden, dass die Bundesrepublik bei einem Vergleich mit den USA, in absoluten Zahlen gerechnet, immer schlechter abschneiden wird, da das deutsche Sozialprodukt nicht die amerikanische

Höhe erreicht. Hierauf wäre zu erwidern, dass der gesamte Wissenschaftsaufwand der Bundesrepublik in den letzten Jahren 1 Prozent des Volkseinkommens ausmachte, während in den Vereinigten Staaten heute knapp 3 Prozent wissenschaftlichen Zwecken zugute kommen. In der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten werden für das Bildungswesen nur 10 Prozent weniger ausgegeben als für die Rüstung. Die Bundesrepublik dagegen gibt heute für die Rüstung fast doppelt soviel aus, wie für die gesamte Volksbildung. Es ist verhängnisvoll, dass die Bundesregierung über der Ausrüstung der neuen Armee die Ausrüstung der deutschen Universitäten vernachlässigt hat.

Im Westen wie im Osten ist man sich bewusst geworden, dass das Sozialprodukt der Zukunft zu einem bedeutenden Teil von den gegenwärtigen Ausgaben für die Förderung der Wissenschaften bestimmt wird. Der "Kalte Krieg" findet in den Hörsälen statt, und er wird auch in den Hörsälen entschieden werden.

\* \* \*

### Wissenschaftlicher Erfolg gefährdet

"Zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und Lehre in der Bundesrepublik muss etwas Durchgreifendes geschehen. Am ehesten werden heute noch Mittel für naturwissenschaftliche Zweckforschung freigestellt, da hier der "Erfolg" der Arbeit auch für den Laien in seiner Auswirkung auf den Weg über die Technik und den wirtschaftlichen Ertrag sichtbar wird. Da Zweckforschung auf die Dauer nicht erfolgreich sein kann, wenn nicht auch die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung weitergeführt wird, wird mithin auch naturwissenschaftliche Grundlagenforschung noch als sozusagen rentabel angesehen, und infolgedessen sind neben der öffentlichen Hand auch die interessierten Unternehmungen hier am ehesten bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen oder eigene Forschungsstätten zu errichten. Für die Geisteswissenschaftler fallen diese Nützlichkeitsabwägungen zum grössten Teil fort, und es ist infolgedessen um ihre Förderung noch schlechter bestellt. Wir müssen daran festhalten, dass die Frage nach dem materiellen Nutzen sich grundsätzlich mit dem Wesen wissenschaftlicher Forschung überhaupt nicht verträgt. Sie bedroht und zerstört das Ethos der Wissenschaft.

Für zahlreiche Lehrstühle ist keine Neubesetzung möglich, weil die Wissenschaftler keine genügend ausgestatteten Institute vorfinden und für ihre Lebensbedürfnisse zu geringe Einkommen erhalten. Man kann nicht erwarten, dass es in einem Beruf zur Norm wird, dass die Anwärter sich jahrelang durchhungern, ihre besten Kräfte in einem daneben nötigen Brotwerb verbrauchen und damit den wissenschaftlichen Erfolg selbst gefährden."

Erich Ollenhauer

\* \* \*

### Der Personalmangel an den Technischen Hochschulen

<u>Es sind</u>	<u>Vorhanden</u>	<u>Es fehlen</u>	<u>Nötige Erhöhung um</u>
Professoren	450	113	25 Prozent
Assistenten und Oberingenieure	1 253	713	62 Prozent
Technisches Personal	543	1 044	96 Prozent

\* \* \*



### Lob für zwölf Millionen Heimatvertriebene

ler. In Algerien leben über eine Million Franzosen, etwa ein Neuntel der Gesamtbevölkerung. Sie kamen als Siedler. Viele von ihnen haben das französische Mutterland noch nicht gesehen, sie betrachten, da viele von ihnen fast drei Generationen dort anständig sind, diesen Teil Nordafrikas als ihre Heimat. Sie beherrschen durch ihre europäische Kultur und Dank vielfältiger Verbindungen mit der Metropole die Wirtschaft, Politik und Verwaltung die wichtigsten Positionen. Ihr Herrschaftsanspruch stösst jedoch in einer Zeit, in der bisher unterdrückte, oder im Dunkel der Geschichtslosigkeit lebende Völker auf volle Unabhängigkeit pochen, auf wachsenden Widerstand. Die Algerier betrachten sich als eine Nation, sie wollen nicht mehr unter Fremdherrschaft leben, auch wenn diese sich in der Rolle eines Vorpostens der Zivilisation gefällt. Dagegen wehren sich die eine Million in Algerien lebenden Franzosen. Eine unabhängige algerische Nation? Das würde die französischen Siedler in die Rolle einer Minderheit drängen. Wer gewohnt ist, allein zu herrschen, teilt nicht gern die Herrschaft mit anderen, auch wenn, wie im Falle Algier, es die politische Klugheit gebietet.

Der Widerstand der französischen Siedler hat erst das algerische Drama verursacht mit seinem düsteren Hintergrund von Mord und Mordschlag, von Terror und Gegenterror, von blutigen auf beiden Seiten schwere Opfer erfordernden Kämpfen. Ein Ende ist nicht abzusehen.

### Moralische Substanz angeschlagen

Das Drama spielt sich ja nicht allein in Algerien ab. Es greift auch nach Frankreich über. Der Schrei: Algerien darf nicht aufgegeben werden, beherrscht die französische Politik. Auf jedem Franzosen, der den Mut hat, zu sagen, dass der Verlust Algeriens nicht den Untergang Frankreichs bedeutet, brennt das Stigma eines Vaterlandsverrätters und Defaitisten. Der Krieg in diesem Teil Nordafrikas zehrt aber nicht nur an den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Energien Frankreichs, er droht auch Frankreichs moralische Substanz schwer anzuschlagen. Ausgerechnet das Land, in dem einst die Verkündung der Menschenrechte erfolgte, beschränkt den gefährlichen Weg von ausserordentlichen Vollmachten, die den Gerichten es gestatten, jeden in Frankreich lebenden Algerier - weit über 400 000 - ohne Gerichtsverfahren in ein Konzentrationslager zu verbannen. Eine derartige, Demokratien unwürdige Beschneidung der Freiheitsrechte gab und gibt es bisher nur in Diktaturen. Gewisse rebellierte das Gewissen vieler Abgeordneter gegen diese den Weg zur Willkür öffnenden Ausnahmebestimmung an; unter dem Druck der Vertrauensfrage verflüchtigten sich die Gewissensbisse, gaben die Mehrzahl dieser Abgeordneten nach. Das Argument, dass Algerien seit anderthalb Jahren unter Ausnahmezustand lebt, Presse und Nachrichtenagentur rigoros gehandhabt werden, ohne dass dadurch der Terrorismus zurückgedämmt wurde, stiess auf taube Ohren.

### Bleigewicht auf der französischen Nation

Die algerische Erbschaft liegt als Bleigewicht auf der französischen Nation. Eine Million Siedler, die sich mit der neuen Zeit nicht abfinden können, bestimmen die Grundhaltung der französischen Politik, sie bringen Frankreich in Gefahr, früher oder später vor dem Forum der Vereinten Nationen isoliert und in die Rolle eines Angeklagten versetzt zu - 9 -



werden. Mehr noch, durch ihre reaktionäre und die Reaktion in Frankreich stützende Haltung halten sie die französische Metropole in dauernder Unruhe. Noch sind die Kräfte nicht wirksam genug, die sich gegen eine solche tragische Entwicklung mit Erfolg zu stemmen vermögen. Ein Zusammenbruch, wie jener in Indochina, scheint unvermeidlich zu sein.

Wird dann nicht aber möglicherweise das eintreten, was die französischen Siedler am meisten befürchten, nämlich die Vertreibung? Noch gibt es keine sichtbaren Anzeichen oder bekanntgewordenen Pläne, dass die führenden algerischen Aufständischen im Mittel der Austreibung gewissermassen die Endlösung und die Krone der erstrebten Unabhängigkeit erblicken. Es sind jedoch wohl Situationen denkbar, wo diesen Führern das Heft aus der Hand gleitet und sie die Strudel aufgewühlter nationaler und religiöser Leidenschaften nicht mehr zu bändigen vermögen. Sie müssten dann, zum Schaden für sich selbst und ihrer französischen Mitbürger, geschohen lassen, was bei den zwölf Millionen deutschen Vertriebenen aus dem Osten und aus der Tschechoslowakei das Ergebnis einer bewussten Politik war. Die Welt kennt die Folgen von Potsdam, das die Austreibung sanktionierte. Sie riss Wunden zwischen den Völkern auf, die zu heilen den Schweiß und die geduldige Mühe von Generationen verlangt.

#### Deutsche Heimatvertriebene - kein Tummelplatz extremer Parteien

Was wäre aus der jungen deutschen Demokratie und aus unserem Volk geworden, wenn die zwölf Millionen von ihren Heimatboden vertriebenen Deutschen dem Links- oder Rechtsextremismus anheim gefallen wären? Eine der wichtigsten Motive bei der Austreibung war die stalinistische Spekulation auf einen immerwährenden Plendshard im verkleinerten Deutschland, aus dem sich willige Söldnerverbände zur Bekämpfung der Demokratie rekrutieren liessen. Die Geduld der Vertriebenen, ihr Wille zur Eingliederung und zum Mitwirken am Aufbau einer gefestigten deutschen Demokratie machten solche Spekulationen zunichte. Die übergrosse Mehrzahl der Vertriebenen widerstand den Verlockungen des Kommunismus, aber auch eines Nationalismus, sie liessen und lassen sich nicht missbrauchen, sie fanden ihren Platz in den grossen demokratischen Parteien, sie sind, da sie die Schrecken des Krieges am furchtbarsten spürten, überzeugte Gegner einer Gewaltpolitik. Ist das nicht ein grosser Gewinn für die deutsche Demokratie und auch für Europa? Von ihnen drohen nach menschlichem Ermessen keine Gefahren für den inneren Zusammenhalt unseres Volkes. Hätten die französischen Siedler und die ihnen hörigen Politiker nicht allen Anlass, diesen Vorgang links des Rheines auch mit zu beachten, und sie ihre grosse Nation in noch tragischere Verwicklungen stürzen?

\* \* \*

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel